sonen vom Zivil, so werden sie, sobald als möglich an die Polizeibehörde abgeliefert."

Diese hat sie dann gemäß § 128 der StrPO. dem Amtsrichter vorzuführen. Wäre das geschehen, so wären selbstredend schon von der Polizeibehörde alle Personen, die nur auf die militärische Aufforderung die Straße nicht geräumt hatten, und von den Personen, die Beleidigungen gegen Militärs ausgestoßen hatten, diejenigen, deren Persönlichkeit von der Polizeibehörde festgestellt werden konnte, noch an dem Abend in Freiheit gesetzt worden. Der Mißgriff, daß der Militärbefehlshaber die Personen bis zum anderen Morgen im Keller der Kaserne festhielt, war objektiv jedenfalls eine schwere Ueberschreitung seiner gesetzlichen Befugnisse. Daß diese gesetzwidrigen Uebergriffe nicht nur in der Bevölkerung von Zabern und Elsaß-Lothringen, sondern auch in warm patriotischen altdeutschen Kreisen schwere Mißstimmung hervorriefen, war ebenso klar, wie daß der in diesem Augenblick zusammentretende Reichstag sofort die Reichsregierung darüber interpellierte."

Die Berufungsverhandlung im ersten Krupp-Prozeß.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendnummer.)

Nach Verlauf von fast zwei Stunden wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt und alsdann mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen.

Oberintendantursekretär Pfeiffer bestreitet den vollen Inhalt der Anklage. Er habe mit Brandt die Feuerwerksschule besucht und sei infolgedessen seit längerer Zeit mit ihm befreundet. Brandt habe ihm zu Weihnachten 100 ℳ geschenkt. Er sei darüber stutzig geworden und habe ihm gesagt: Du verlangst doch nicht, daß ich dir etwas von amtlichen Geheimnissen verraten soll? Brandt habe das entschieden in Abrede gestellt. Er habe niemals Brandt Mitteilungen gemacht, die er in seiner Eigenschaft als Beamter des Kriegsministeriums erfahren habe, einmal, weil er der Annahme sein konnte, sie seien im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten, anderseits sei es überhaupt verboten, daß Beamte des Kriegsministeriums über amtliche Dinge etwas mitteilen. Er könne sich nicht enträtseln, wie Brandt dazu gekommen sei, zu behaupten, seine Quelle über Vorgänge im Kriegsministerium sei er. Auch Auszüge aus dem Etat des Kriegsministeriums habe er Brandt nicht geliefert. Alle diese Mitteilungen aus dem Kriegsministerium müsse Brandt sehr wohl von anderer Seite erfahren haben. Auf Befragen des Verhandlungsführers, wie Brandt denn mit aller Bestimmtheit behaupten könne, er habe diese Mitteilungen alle von ihm (Pfeiffer) erhalten, bemerkt der Angeklagte, er vermute, da er Brandt häufig besucht habe und Brandts Wohnung polizeilich beobachtet wurde, Brandt habe sich gesagt, er wolle seinen richtigen Gewährsmann schonen und ihn (Pfeiffer), da er doch einmal von der Polizei beobachtet und kompromittiert sei, als seinen Gewährsmann angeben.

Der Angeklagte Zeugleutnant Hoge bestreitet ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Er habe lediglich dem Brandt Mitteilungen gemacht, wenn er ihn gefragt habe, ob das, was er erfahren habe, richtig sei. Er habe also im wesentlichen nur das bestätigt, was Brandt bereits wußte. Er habe keinen Anstand genommen, dies zu tun, da er dem Brandt bezüglich seiner guten Stellung, die er erhoffte, förderlich sein wollte. Brandt habe ihm gesagt, er werde wohl in der nächsten Zeit der Berliner Vertreter der Firma Krupp werden. Er habe nicht das Bewußtsein gehabt, irgendein Geheimnis zu verraten oder gar Landesverrat zu begehen. Er habe sich auch von Brandt niemals traktieren lassen. Er habe lediglich, da er einen Unglücksfall in seiner Familie hatte, sich ein Darlehen von 1000 ℳ von Brandt erbeten und habe ihm dieses voll mit 4½ Prozent Zinsen zurückgezahlt. Wir haben keinen Anstand genommen, Brandt auf seine Fragen Mitteilungen zu machen, da einmal bekannt war, daß es gegenüber der Firma Krupp kein Staatsgeheimnis gebe. Er habe jedenfalls nicht das Bewußtsein gehabt, etwas Strafbares zu tun. Er habe sich allerdings manchmal die Zeche bezahlen lassen, weil er befürchtete, daß Brandt als der ehemalige ältere Kollege es ihm verübeln würde, wenn er dies ablehne. Der Verhandlungsführer stellt fest, daß der Angeklagte Schmidt von Brandt eine Geldzuwendung in Höhe von etwa 80 ℳ und zu Weihnachten von etwa 20 ℳ erhalten hat.

Die Verhandlung wird darauf auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht

Zur Kirchenaustrittsbewegung.

Jüngst fand auch in Leipzig eine Propagandaversammlung des Komitees „Konfessionslos" statt. Den Rednern wurde in wirkungsvoller Weise von liberalen Theologen entgegengetreten. Die Lehren der Leipziger Versammlung für die Geistlichkeit faßt Pfarrer Lic. Gottfried Naumann-Gohlis in folgenden im „Neuen Sächs. Kirchenblatt" veröffentlichten Sätzen zusammen:

1. Es ist gut, daß von unserer (der Geistlichen) Seite geredet wird.

2. Obwohl das Komitee bürgerlichen Charakter trägt, muß in diesen Versammlungen zu den Arbeitern geredet werden; sie stellen die weit überwiegende Majorität. Mit jedem Wort ist an die eigentümliche Gedankenwelt des modernen Arbeiters zu denken; wer das übersieht, haut unbedingt daneben und verdirbt sich alles.

3. Es handelt sich bei diesen Versammlungen nicht mehr um die Kirche, erst recht nicht um die „Staatskirche", sondern um die Religion selbst. Es ist daher Pflicht der Theologen, die trennenden theologischen und kirchenpolitischen Unterschiede gegenüber der Hauptsache, die uns eint, hintanzustellen. Was hier bekämpft wird, verbindet uns alle, und muß uns vor dem gemeinsamen Gegner zusammenschließen. Wenn wir „unter uns" sind, können wir uns gegenseitig das Gewissen schärfend sagen, was hüben wie drüben, oben wie unten versäumt worden ist.

4. Man rüste sich auf die Diskussion auch vor mehreren Tausenden! — Erfahrungsgemäß macht sogenanntes „Bekenntnis-Ablegen" gar keinen Eindruck; Hohngelächter ist die Antwort. Man muß wissen, wie die moderne Arbeiterseele beschaffen ist, was vorausgesetzt werden kann und welche Saiten noch anklingen! Wir waren von Herzen froh, daß wir nicht zum erstenmal vor einer derartigen Zuhörerschaft unsere Sache zu verantworten hatten. — Vor allem der theologischen Jugend muß es gesagt werden: wappnet euch! —"

Besuch des Herzogs von Braunschweig in Berlin.

Anläßlich der Investitur des hohen Ordens vom Schwarzen Adler ist am Freitag vormittag der Herzog von Braunschweig zu seinem offiziellen Besuche nach der Thronbesteigung in Berlin eingetroffen. Am Potsdamer Bahnhofe waren der Kaiser in der Uniform der Leibgardehusaren, der Kronprinz, die königl. Prinzen, der Kommandeur des Regiments der Zietenhusaren u. a. erschienen. Eine Ehrenkompagnie des Augustaregiments erwies am Bahnhofe die militärischen Ehren. Nach herzlicher Begrüßung schritten der Kaiser und der Herzog die Front der Ehrenkompagnie ab. Der Kaiser geleitete sodann den Herzog im Automobil nach dem Schlosse. Auf dem Wege wurden der Kaiser und der Herzog vom Publikum herzlich begrüßt. Der Herzog nahm in den Mecklenburgischen Zimmern Wohnung, wo er von der Kaiserin empfangen wurde.

*

Auszeichnungen für das Gefolge des Herzogs.

Der Kaiser hat dem Gefolge des Herzogs von Braunschweig Ordensauszeichnungen verliehen und Geschenke überreicht. Der herzogliche Staatsminister Wolff erhielt den Kronenorden 1. Klasse, Hofmarschall von Klencke den Stern zum Kgl. Kronenorden 2. Klasse. Dem braunschweigischen Bevollmächtigten zum Bundesrat, Wirkl. Geh. Legationsrat Boden, überreichte der Kaiser sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Heer und Flotte.

* **Ueber Frankreichs neue Luftwacht an den Vogesen,** wird uns aus Luftschiffahrtskreisen geschrieben: Die französischen Fliegertruppen haben in jüngster Zeit eine bedeutende Ausgestaltung ihrer Organisation und ihrer Dienstgrade erfahren. Frankreich verfügt danach über drei Kategorien oder Dienstgrade von Militärfliegern: 1. Militärpiloten, 2. Beobachter, 3. mobilisierte Zivilpiloten. Für die erste Klasse stehen gleichmäßig Offiziere und Unteroffiziere zur Verfügung. Da bisher für die Führung der militärischen Flugzeuge fast ausschließlich Offiziere in Frage kamen, will Frankreich nunmehr auch besonderen Wert darauf legen, ein tüchtig vorgebildetes Unteroffizierpersonal für den Luftdienst heranziehen. Es soll zu diesem Zweck eine Fliegerschule für Unteroffiziere errichtet werden, in der diese neben ihrer Ausbildung zum Piloten Unterricht über die Formation von Truppen, über die verschiedenen Uniformen, Gewohnheiten der fremden Heere und die Kampfart der drei Waffen erhalten sollen. Als Beobachter dienen fast durchgehendst Generalstabsoffiziere, die besonders als Beobachtungsoffiziere ausgebildet sind. Auch für diese Klasse der Fliegertruppe sieht das französische Kriegsministerium die Errichtung von Sonderkursen vor, deren Unterrichtsgegenstände aber zum Teil auf wesentlich anderen Gebieten liegen. Man will diese Offiziere zu Beobachtern in jedem Zweig der Luftschiffahrt heranziehen, zur Beobachtung im Freiballon, im Luftschiff und in der Flugmaschine, auch werden sie mit der Navigationskunde genau vertraut gemacht. Außer diesen reinen Militärpersonen verfügt Frankreich noch über eine große Zahl von Zivilfliegern, die im Ernstfalle naturgemäß alle in der Fliegertruppe verwendet werden. Diese Zivilpiloten sollen nunmehr auch schon in Friedenszeiten militärisch ausgebildet werden. Bisher mußten solche Piloten jährlich nur kurze Uebungen bei den Fliegertruppen ableisten.

* **Die großen englischen Herbstmanöver 1914** sollen vor allem den Territorialtruppen Gelegenheit geben, sich in der Abwehr von Landungsversuchen zu üben, zu welchem Zweck sie aktiven Truppen zugeteilt werden. Die Territorialtruppen sollen in diesem Jahre auch während ihrer Ausbildungszeit Lager an der Seeküste beziehen, um sich auf diese Aufgaben besonders vorzubereiten. Die eigentlichen Manöver sollen zwischen dem 15. und 17. September stattfinden, und zwar am rechten Ufer des Severn, in der Umgebung von Hereford. Das Manövergelände wird voraussichtlich den Abschnitt Cloucestershire—Worcestershire—Hereford—Monmouth umfassen. Von Interesse ist auch der Bericht der Manöverkommission für 1913, worüber jetzt ein „Weißbuch" erschienen ist. In der letzten Sitzung der Kommission, die kürzlich stattfand, betonte der Kriegsminister in einer Rede, daß als ein erfreuliches Zeichen bei den Uebungen der Armee im vorigen Jahre die mehr und mehr in Erscheinung tretende Zuneigung zwischen Truppen und Zivilbevölkerung zu betrachten sei. Die Personen, die für bei den Manövern verursachten Schäden Vergütungen zu beanspruchen hätten, setzte diese nur sehr gering an. Der Bericht der Kommission hebt weiter hervor, daß die Truppen nach jeder Richtung hin einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hätten, und die Zivilbehörden haben sich über das musterhafte Betragen der Truppen und deren höfliches und zuvorkommendes Benehmen der Einwohnerschaft gegenüber sehr günstig geäußert. Auch wird über das Zusammenarbeiten der Polizei mit den Grafschaftsbeamten, um die Truppen nach Kräften zu unterstützen, die Befriedigung ausgesprochen. Während offiziell scheinbar alles nach bestem Wunsch gegangen ist, wird der Verlauf der eigentlichen Manöver in militärischer Hinsicht wohl kaum voll genügt haben, wie in der Presse hervorgehoben wurde. Das Weißbuch äußert sich hierüber nicht, und die militärischen Autoritäten bewahren über den naturgemäß wichtigsten Punkt im allgemeinen Schweigen.

* **Ueber die erste offizielle Einführung der „F-Strahlen"** als Kriegswaffe in der amerikanischen Marine, wird uns aus Marinekreisen geschrieben: Die Versuche mit den geheimnisvollen „F-Strahlen" haben nunmehr die amerikanische Marine zum Ankauf eines Apparates veranlaßt, von dem man sich für Heereszwecke unbegrenzte Zerstörungsmöglichkeiten verspricht. Auf welche Weise die „F-Strahlen" erzeugt werden, ist natürlich nicht bekannt, da der Erfinder, der Ingenieur William Burr, darüber strengstes Schweigen bewahrt. Der Apparat, den die Bundesregierung genauester Prüfung unterzogen hat, und der nunmehr zum Ankauf bestimmt ist, ist leicht von einem Manne zu tragen. Mit Hilfe des Apparates wird man imstande sein, einen Strom unsichtbarer Lichtwellen zu erzeugen, die geeignet sind, auf größte Entfernungen hin zu zünden. Nach den Versuchen wirken die „F-Strahlen" auf 5 Meilen Entfernung, und der Erfinder stellt eine vollständige Umwälzung der Kriegsführung in Aussicht, eine Ansicht, der die Sachverständigen nach Prüfung des Apparates beipflichten. Die „F-Strahlen" sollen nach den Angaben des Erfinders imstande sein, den größten Dreadnought in die Luft fliegen zu lassen und bombenwerfende Kriegsaeroplane zu zerstören. Eine Nation im Besitze des Apparates würde einen zu Wasser oder in Luftschiffen herannahenden Feind in einem Tage zerstören können. Ein Schlachtschiff würde durch die Explosion seines eigenen Pulvermagazins in Atome gerissen werden. Die unsichtbaren ultravioletten Strahlen des Apparats durchdringen jedes Metall, mit Ausnahme von Blei. Der Apparat zeigt sich in den Konstruktionseinzelheiten von höchster Einfachheit: er besteht aus einem Kasten mit zwei Räumen. Der eine enthält eine Bogenlampe, die als einzige Kraft dient, der andere weist zwei Quarzlinsen und sieben farbige Geflechte auf, die alle Farben des Spektrums absorbieren, mit Ausnahme der ultravioletten Farbe, die eben die unheimliche Fernwirkung besitzen. Die Wirkung der Strahlen besteht darin, daß sie in den bestrahlten Gegenständen eine Veränderung der Moleküle hervorrufen. Die dadurch entstehende Reibung erzeugt Hitze, und diese genügt bereits, um, wenn Pulver oder Explosivstoffe bestrahlt werden, die Explosion herbeizuführen. Uebrigens hat sich auch die englische Admiralität sehr eingehend mit den rätselhaften „F-Strahlen" beschäftigt und zu Sprengversuchen den Kreuzer „Terpsichore" zur Verfügung gestellt. Die Versuche sollen sehr befriedigend ausgefallen sein.

Deutsches Reich.

* **Der Kaiser** empfing am Freitagmittag die Präsidien beider Häuser des preußischen Landtages, die darauf auch von der Kaiserin empfangen wurden.

* **Der Statthalter der Reichslande Graf v. Wedel** hatte vor seinem Empfang beim Kaiser eine längere Besprechung im Reichskanzlerpalais mit dem Reichskanzler über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen.

* **Die Besprechung der Interpellationen über Zabern** wird, soviel bisjetzt feststeht, am Dienstag erfolgen. Von den Nationalliberalen werden voraussichtlich Dr. Junck und van Calker sprechen, vom Zentrum Fehrenbach, vom Freisinn Liszt und Friedrich Naumann.

* **Prozeß v. Liebert gegen das „Berliner Tageblatt".** Der vor einigen Monaten vertagte Prozeß des Leiters des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Reichstagsabgeordneten v. Liebert, gegen den Redakteur des „Berliner Tageblatts", Max Schröder, wird am 9. Februar vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fortgesetzt werden. Der Prozeß wurde seinerzeit vertagt, da der Angeklagte sich erbot, ein umfangreiches Beweismaterial zu erbringen. Es handelt sich in dem Prozeß um die Beurteilung von Kolonialgründungen, die Reichstagsabgeordneter v. Liebert empfohlen hate.

* **Den staatlichen Kalisalzbergwerken in Preußen** war durch die im Rechnungsjahre 1912 zum ersten Male voll in Wirkung getretene Neueinschätzung durch die Verteilungsstelle die Möglichkeit zu einer Kraftentfaltung geboten, wie sie wohl schwerlich in absehbarer Zeit sich wiederholen wird. Ihr Reingewinn betrug 6,8 Millionen Mark; der schon im Vorjahre sehr günstige Abschluß (4,3 Millionen Mark) wurde noch um 2,5 Millionen Mark übertroffen. Aber schon im Berichtsjahre machten sich in der Vermehrung der Produktenvorräte in den Fabriken deutlich die unerwünschten Wirkungen bemerkbar, die von dem starken Andrange neuer Werke ausgingen. Die durch die rege Tätigkeit des Kalisyndikats erzielte Vermehrung des Gesamtabsatzes wurde in der Hauptsache von den neuen Werken in Anspruch genommen. Die Quotenrückgänge, die die Versorgung dieser neuen Werke zur Folge hatte, waren schon im Berichtsjahre für die Staatswerke beträchtlich und werden anscheinend im Jahre 1913 mindestens die gleiche Höhe erreichen.

* **In der badischen Zweiten Kammer** erklärte Staatsminister Freiherr v. Dusch, er müsse hinter die Behauptung des sozialdemokratischen Redners Frank-Mannheim, daß alle großen Gesetze Früchte des Großblocks seien, ein Fragezeichen setzen. Die Regierung, erklärte der Staatsminister weiter, werde mit allen Parteien arbeiten und müsse es ablehnen, die Arbeit mit dem Großblock allein gegen das Zentrum zu machen. — Finanzminister Reinboldt erklärte bezüglich der Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag, daß als Endtermin der 31. Januar bestehen bleibe. Von neuen Militärvorlagen sei ihm nichts bekannt, es liege auch kein Anlaß dazu vor.

* **Die Zahl der Arbeitslosen in München** ist, wie uns von besonderer Seite gedrahtet wird, auf rund 10000 gestiegen. Von kommender Woche ab werden 50000 ℳ Unterstützung durch die Stadtkasse an die in München beheimateten Arbeitslosen ausgezahlt.

* **Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime** hat ihr Ostseeheim nach Ahlbeck verlegt, wo ihr Gelegenheit geboten ist, etwa vierzig Betten mehr als in dem bisherigen Ostseeheim in Misdroy zur Verfügung ihrer Gäste zu stellen. Es ist dies infolge des sehr großen Andranges von Gästen aus allen Teilen Deutschlands notwendig geworden.

Ausland.

Rußland.

* **Setzerstreik.** Aus Warschau, 16. Januar, wird uns gemeldet: Nach dem Beispiel der Krakauer Setzer haben die Setzer einiger Zeitungen die Arbeit eingestellt. Drei Zeitungen sind nicht erschienen.

* **Graf Witte.** Wie aus Petersburg gemeldet wird, will man dort bestimmt wissen, daß in den hohen Regierungskreisen die Absicht besteht, dem Grafen Witte wieder einen Regierungsposten anzutragen.

Türkei.

* **Enver Pascha an die Armee.** Aus Konstantinopel wird telegraphiert: Der Kriegsminister hat folgenden Aufruf an die Armee gerichtet: Da unsere Armee ihre Pflicht nicht gehörig erfüllen konnte, haben wir die blühendsten Teile unseres vielgeliebten Vaterlandes verloren. Die ottomanische Nation hat schwere Schicksalsschläge erlitten. Unser erhabener Kriegsherr und teurer, ruhmvoller Herrscher, dessen Herz durch diese Lage aufs tiefste betrübt ist, hat mich beauftragt, um, Gott behüte, nicht noch so düstere Tage zu erleben, die Ehre des Kalifats mit der traditionellen Tapferkeit des Ottomanentums zu verteidigen und die Armee hierfür vorzubereiten. Obwohl diese Aufgabe groß und schwer ist, habe ich sie im Vertrauen auf Gottes Beistand, den Schutz des Propheten und die Gunst unseres mächtigen Herrschers angegriffen. Zwei Dinge fordere ich von der Armee: unbedingten Gehorsam und unablässige Arbeit." Der Aufruf schließt: „Ich bin überzeugt, daß jeder Offizier arbeiten wird, den Makel auszulöschen, den die Unglückstage der jüngsten Zeit unserer Armee zugefügt haben."

* **Die neuen Anleiheverhandlungen.** Nach einer Meldung des Wiener K. K. Tel.-Korr.-Bur. aus Konstantinopel heißt es, daß Djavid Bei für den Fall, daß die Verhandlungen in Paris wegen einer Anleihe von 700 000 000 Franken scheitern, nach Konstantinopel zurückkehren werde, um Verhandlungen mit einem amerikanischen Syndikat einzuleiten. Das Syndikat wird vertreten durch den amerikanischen Botschafter Morgenthau, der selbst Bankier ist. Es soll der Türkei eine Anleihe von ungefähr 6000 Millionen Franken unter der Bedingung angeboten haben, daß ihm bedeutende Konzessionen in der asiatischen Türkei gewährt werden, insbesondere eine Konzession für die Ausbeutung aller Wälder und wahrscheinlich auch für das unter dem Namen Chester-Projekt bekannte Eisenbahnunternehmen.

* **Verstärkung der Flotte?** Aus Konstantinopel, 16. Januar, meldet uns ein Telegramm: Im Theater „Stambul" wurde gestern vom Flottenverein unter dem Protektorat des Kriegsministers eine Vorstellung veranstaltet. Der Präsident des Vereins hielt eine Rede, in der er durchblicken ließ, daß er demnächst eine wichtige Mitteilung über die Verstärkung der türkischen Flotte machen werde. Für den Augenblick könne er nähere Angaben nicht machen. Während der Vorstellung wurde eine beträchtliche Summe für die Flotte gesammelt.

Rumänien.

* **Das neue Kabinett.** Nach einer offiziösen Mitteilung aus Bukarest setzt sich das Kabinett folgendermaßen zusammen: Joan Bratianu, Vorsitz und Krieg; Costinescu, Finanzen; Porumbaru, Aeußeres; Mortruso, Inneres; Constantinescu, Ackerbau; Duca, Unterricht; Radovich, Handel; Antonescu, Justiz; Angheleseu, öffentliche Arbeiten. Das Kabinett wird am Sonnabend den Eid leisten.

Koloniales.

* **Neues vom Angolabund.** Der etwa vor Jahresfrist im Norden von Deutsch-Südwestafrika gegründete Angolabund teilt mit, daß er infolge der deutsch-englischen Verhandlungen sein politisches Programm aufgegeben habe. Seine Tätigkeit wird in Zukunft auf die Aufklärung über die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Angolas beschränken. Durch Vorträge in Deutschland, Verteilung von Prospekten und Errichtung eines Auswanderungsbureaus in Deutschland soll eine fortschreitende Besiedelung der fruchtbaren und gesunden Hochländer Angolas in die Wege geleitet werden. Die portugiesische Regierung dürfte der Besiedelung des Landes mit deutschen vermögenden Bauern durchaus sympathisch gegenüberstehen, da dem Lande dadurch erhebliche Einnahmequellen eröffnet werden. Der Angolabund beabsichtigt ferner, das Auswärtige Amt um die Entsendung eines Handelssachverständigen zu ersuchen, ebenso die Errichtung eines eigenen Dezernates für alle Angola betreffenden Fragen.

Das englische Unterseeboot „A. 7" gesunken.

Das Jahr 1914, das vor kaum drei Wochen seine Herrschaft erst angetreten hat, scheint das erfüllen zu wollen, was man seinem Vorgänger angesagt hatte: ein furchtbares Unglücksjahr zu werden. Noch sind die Wunden nicht geheilt, die die schwere Sturmflut den Bewohnern der Ostseeküste geschlagen hat, noch zittert die Erregung über die Vulkankatastrophe in Japan nach und schon meldet der Draht ein neues, nicht minder schreckliches Unglück: **Am Freitag ist das englische Unterseeboot „A. 7" bei Plymouth gesunken.** Mit herzlichem Mitgefühl wird man auch in Deutschland der zahlreichen Familien derjenigen gedenken, die — den zuletzt eingelaufenen Nachrichten zufolge — sicherlich den Seemannstod im Ozean gefunden haben, und in warmer Teilnahme der englischen Marine, die diesen furchtbaren Schlag erleben mußte.

Der Draht berichtet folgendermaßen:

Devonport, 16. Januar. Das englische Unterseeboot „A. 7" ist bei Plymouth gesunken. Es besteht wenig Hoffnung, die Mannschaft zu retten.

Plymouth, 16. Januar. Das Unterseeboot „A 7" befand sich mit anderen Unterseebooten in der Bai Ceawsands, die ungefähr 6 Meilen von Plymouth entfernt ist. Nach einigen Manövern bemerkte man, daß das Unterseeboot „A 7" fehlte. Es sollen 12 Mann und ein Leutnant an Bord gewesen sein. Von Plymouth wurde Hilfe erbeten. Rettungsboote sind sofort nach der Unglücksstätte abgegangen. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Plymouth, 16. Januar. 5,30 Uhr nachmittags. Einem Schiff der Unterseeflottille ist es um 5 Uhr nachmittags gelungen, mit der aus einem Offizier und 12 Mann bestehenden Besatzung des gesunkenen Unterseebootes „A 7" in Verbindung zu treten.

Sie waren sämtlich am Leben.

Rettungsschiffe der Regierung befinden sich am Schauplatz. Es besteht die Hoffnung, das Unterseeboot zu heben.

Plymouth, 16. Januar. Das gesunkene Unterseeboot „A. 7" liegt 17 Faden unter Wasser. Die Bemühungen, es zu heben, sind bis 7 Uhr abends erfolglos geblieben. Infolge der langen Zeit, die das Unterseeboot unter Wasser liegt, besteht nur noch sehr geringe Hoffnung, die Besatzung lebend zu bergen.

Plymouth, 16. Januar. Bis 8 Uhr abends waren die Bemühungen, das Unterseeboot „A. 7" zu bergen, erfolglos. Obwohl erklärt wird, daß die Besatzungen von Unterseebooten dieses Typs zwölf Stunden unter Wasser leben können, hat man in amtlichen Kreisen alle Hoffnung aufgegeben.

Das englische Unterseeboot „A. 7" gehörte zum vergrößerten Holland Typ. Es hatte eine Wasserverdrängung von 180 Tonnen über und 207 Tonnen unter Wasser. Seine Schnelligkeit betrug über Wasser 12 und unter Wasser 8 Seemeilen. Ausgerüstet war es mit 2 Torpedorohren für 45kalibrige Torpedos. „A. 7" hatte eine Länge von 30,2 und eine Breite von 3,9 Meter. Die Besatzung bestand aus 15 Mann.